

Kommunistische Korrespondenz



herausgegeben von der Trotzlistischen Liga Deutschlands

Extrablatt

4. Januar 1979

0,10 DM

Brecht mit dem Pabloismus!

GIM-Konferenz: Tauziehen im Sumpf

„Denen, die in die ‚konkreten politischen Fragen‘ verliebt waren, erklärte Lenin ständig, daß unsere Politik keinen konjunkturellen, sondern einen grundsätzlichen Charakter habe, daß die Taktik der Strategie untergeordnet sei, daß wir, wie bei jeder politischen Kampagne, hauptsächlich daran interessiert seien, daß sie die Arbeiter von besonderen zu allgemeinen Fragen führt, daß sie ihnen die Natur der modernen Gesellschaft und den Charakter ihrer wesentlichen Kräfte klar macht“ (Trotzki, Verteidigung des Marxismus, S. 124).

„Noch weniger habe ich erwartet, eine Gruppe in der Partei zu sehen, die herumstolziert und besondere Berücksichtigung fordert, weil sie ‚Gewerkschaftler‘ sind. Was ist daran so besonderes? Es gibt 15 Millionen Gewerkschaftler in diesem Land, aber nicht ganz so viele Revolutionäre. Es sind aber die Revolutionäre, die für uns zählen“ (James Cannon, Speeches to the Party, S. 60).

Diese Konferenz der GIM steht unter dem Zeichen des Koalitionskarussells der Cliques und Fraktionen. Die verrotten Blöcke der PB(noch?)-Mehrheit (jetzt „Tendenz A“ genannt), ProFra und des Zwischensumpfs manövrieren, um einen mehrheitsfähigen Superblock zusammenzuzimmern. Das Vereinigte Sekretariat mischt kräftig mit. Die Gretchenfrage bei der Konferenz lautet: „Wie steht’s mit der Betriebsarbeit?“, wobei sogar Tendenz A im Brustton der Überzeugung die „absolute Priorität“ dieses Arbeitsfeldes betont. Aber natürlich: Die „orthodoxe“ Kritik der PB-Mehrheit am ouvrieristischen Opportunismus der Fraktion und des Zwischensumpfes dient ihr nur als Vorwand, um weiter ungestört hinter Alexander Schubart, Rudi Dutschke, Peter von Oertzen und Heinz Brandt hinterherzustolpern. Und auch wenn der Zwischensumpf nach langer Zeit des Dahinsiechens endlich vollbracht hat, einige „programmatische“ Dokumente zu produzieren, so erhebt er seine prinzipielle Unverbindlichkeit nur zur Programmatik: einig ist man sich nur, daß man sich mit der ProFra ohne revolutionäres Programm in den Betrieben vergraben will, und daß man in so „nebensächlichen“ Fragen wie dem Klassencharakter jener Partei – der SPD –, die die Hegemonie über die deutsche Arbeiterklasse besitzt, erklärtermaßen nicht übereinstimmt. Die Entpolitisierung der

Fraktion, die mit ihrer Auflösung in der fiktiven „neuen Massenarbeitschaft“ einhergeht, führt so weit, daß Teile der Fraktion jeden Bezug auf den vorgeblichen Trotzismus aufgeben wollen, um mit „Arbeiterzirkeln wie im Rußland um die Jahrhundertwende“ ganz von vorne zu beginnen. Damit stellen sie sich offen in die Tradition der Ökonomen in ihrem Kampf gegen die Leninsche Iskra.

Wir teilen nicht das ewige Gerede der PB-Mehrheit von dem Vorhandensein einer gemeinsamen prinzipiellen Basis der GIM, aber es stimmt sicherlich, daß allen Gruppierungen eine „gemeinsame“ „Methodik“ eigen ist: Die „Dynamik“ ist alles, das Ziel ist nichts. Alle Cliques kochen das Programm so weit runter, bis es an das vorherrschende Bewußtsein des jeweiligen „Interventionssektors“ „anknüpft“, und um das „Ohr der Klasse“ zu erreichen, bückt man sich halt etwas tiefer.

Nein, das Hauptproblem der GIM liegt nicht in ihrer „mangelnden sozialen Verankerung“, sondern in dem Programmverschnitt, der weder Mannheimer Betriebsarbeitern noch Westberliner Studenten eine „sozialistische Alternative“ weisen kann. Und wer etwas anderes als kommunistisches Bewußtsein in die Arbeiterklasse hineinträgt, bereitet nur künftige Niederlagen des Proletariats vor. Als E. Mandel im Oktober auf Deutschland-Tournee ging, um zu versuchen, etwas Blut in die Lebensadern der GIM zu pumpen und nebenbei ein paar Ortsgruppen wie Köln und Mannheim auf Linie zu bringen, wurde er wiederholt von der TLD mit seiner schmachvollen Rolle als Büttel der Gewerkschaftsbürokratie während des belgischen Generalstreiks und mit der Kapitulation des Vereinigten Sekretariats in der Frage der Volksfront konfrontiert. Obwohl die Dokumente eine klare Sprache sprechen, beteuerte Mandel wiederholt, die „Vierte Internationale“ setze sich immer für die Unabhängigkeit des Proletariats ein. Nur wirkte Mandels Empörung unwillkürlich komisch – kurz nach der Wahlunterstützung der GIM für die „Grüne Liste Hessen“.

Dabei fehlt es der GIM beileibe an dem sozialen Gewicht, proletarische Massen zu verraten. Der Opportunismus der GIM hat in den knapp zehn Jahren seit ihrer Auferstehung aus den Falken nur gereicht, einige hundert subjektiv revolutionäre Kleinbürger und manchen jungen Arbeiter zu demoralisieren oder in Zyniker zu verwandeln. Doch die Wahlunterstützung der „Grünen“ zeigt beispielhaft, wo opportunistische Politik hinführt – zur Klassenkollabora-

tion. Die GIM (und das gilt für alle Cliques gleichermaßen) will halt „dabei“ sein. Und selbst wenn die nach rechts driftende Neue Linke sich mit der AUD zusammenschließt und eine nicht-proletarische, nicht-sozialistische „radikal“-kleinbürgerliche Kandidatur unterstützt – was soll's mit „sektiererischen“ trotzkistischen Überresten, *hinterher!* (Der Abstentionismus der Fraktion rührt nur daher, daß bei Daimler-Benz die Begeisterung der Neuen Linken für die „Grünen“ nicht geteilt wird – im übrigen sieht die Fraktion keinen qualitativen Unterschied zwischen Eigen- und Blockkandidatur – sie versetzt bloß diese faule Blockpolitik in die Betriebe.)

Nachtrabpolitik hat ihre Logik. Die Unterstützung der GLH war nur in Kleinformat, auf die Verhältnisse der GIM reduziert, die Politik der französischen LCR, die seit der Entstehung der bürgerlichen „Union de la Gauche“ krieche- risch dieser Volksfront „kritische“ politische Unterstützung gibt. Und dort, wo eine Sektion des damaligen pabloistischen Internationalen Sekretariats ein echtes soziales Gewicht erlangte, in Ceylon, ist dieser Weg weiterbeschritten worden. Die LSSP bot der bürgerlichen Linksblockregierung 1956 ihre „entgegenkommende Zusammenarbeit“ und 1960 ihre kritische Wahlunterstützung an. Erst als 1964 LSSP-Führer bürgerliche Minister wurden, brach die Führung des VS zaghaft mit diesen Renegaten. Nein, ProFra, mit Betriebsverankerung ist es nicht getan!

Die Unterstützung der GLH war ein zynischer Akt der Klassenkollaboration – aber wie steht es mit den Alternativen in der Wahldiskussion in der GIM? Es ist klar, daß die Unterstützung für die SPD eine Unterstützung für die bürgerliche SPD/FDP-Koalition bedeutet – daran führt kein Weg vorbei. Die Haltung der Ex-LTFLer war damit kritische Unterstützung für Klassenkollaboration, Berufsverbot-, „Demokratie“ und „Freiheit“ à la Stammheim.

Im Verständnis von einzelnen GIM-Genossen mag die kritische Unterstützung von KBW und DKP als linkerer „Ausweg“ erschienen sein. Leninisten hätten durchaus ein Interesse daran, eine kleinere Organisation kritisch bei den Wahlen zu unterstützen, wenn ihre Kandidatur als partieller Ausdruck der proletarischen Klassenselbständigkeit gewertet werden könnte. Aber was ist der Inhalt der Kandidatur der DKP oder des KBW? Hat die DKP etwas gegen die sozial-liberale Koalition? Nur, daß sie nicht daran teilnehmen darf, daß sie – mangels Einfluß – verurteilt ist, „draußen“ zu bleiben. Aber der KBW? Der KBW als halbverwaiste Möchtegern-Agentur der chinesischen Bürokratie ist ein Sprachrohr der chauvinistischen Außenpolitik der VR China. Für jeden, der gelegentlich einen Blick in die *Peking Rundschau* wirft, müßte es klar sein: eine Stimme für eine maoistische Organisation ist heutzutage nicht eine Stimme für „proletarische Klassenunabhängigkeit“ – sondern eine Stimme für die NATO, für Mobuto und für den Schah von Iran.

Die Sozialistische Alternative – Eine „Alternative“ zum Leninismus

Winnie trauerte bitterlich nach den Hessenwahlen seiner von der Linken verschmähten „Sozialistischen Alternative“ nach. Jedoch war die GLH nur das Ergebnis des Strebens nach einer gemeinsamen Propagandakandidatur der „Linken“ auf kleinstem gemeinsamen Nenner: der kleinste gemeinsame Nenner ist halt jetzt grün statt rosa-rot. Winnie trabt hinter dem SB her, prominente SB-Führer rufen zur Unterstützung der FDP auf: So wird die Klassenlinie zum fließenden Übergang. Trotzki lehnte scharf eine gemeinsame „Arbeitereinheitsfront“-Kandidatur, die 1931 von der

SAP befürwortet wurde, mit folgenden Worten ab – die auf die „Sozialistische Alternative“ hätten gemünzt sein können:

„Man wird uns erklären: der Block Rosenfeld-Brandler-Urbahns ist nur ein Block der Einheitsfrontpropaganda. Aber gerade auf dem Gebiete der Propaganda ist ein Block unzulässig. Die Propaganda muß sich auf klare Prinzipien stützen, auf ein bestimmtes Programm . . . Die Idee, einen Präsidentschaftskandidaten der Arbeitereinheitsfront aufzustellen, ist eine an der Wurzel falsche Idee. Einen Kandidaten kann man nur auf dem Boden eines bestimmten Programms aufstellen“ (*Was nun?*, 1932, S. 64).

Die GIM-Führung, von „Tendenz A“ bis zur Fraktion, ist der Meinung, daß Erfolg, Popularität und Einfluß durch behutsamen Ausverkauf von Prinzipien zu ergattern sind. Aber da die GIM keinen Massenanhang besitzt, ist ihr Marktwert gleich null. Daß Leninismus nicht eine „altmodische Schrulle“ ist, daß man mit einer aggressiven kommunistischen Politik und langwierigen Arbeit *wirkliche* Fortschritte im Aufbau der leninistischen Partei erzielen kann, wurde kürzlich von der *Spartacist*-Wahlkampagne von Marjorie Stenberg für den 64. Assembly District (etwa: Landtagswahlkreis) in New York City demonstriert. Stenbergs rote Kampagne „Für einen sozialistischen Kampf, um New York zu retten“ erreichte das beste Ergebnis einer linken Kandidatur 1978 in New York: 3,2 Prozent, in verschiedenen Wahllokalen bis zu 10 Prozent. Ohne ein solches Ergebnis überbewerten zu wollen, ist es bemerkenswert, daß die angeblich sektiererisch-untätige Spartacist League in ihrer ersten Wahlkampagne doppelt soviel Stimmen erhielt wie im selben Distrikt die Kandidaten der KP und der SWP zum Gouverneur, und das mit einer aggressiven Propagandakampagne in bester bolschewistischer Tradition, ohne elektoralistischen Stimmenfang, sondern mit frontal angegriffen auf alle heiligen Kühe der „Neuen Linken“, insbesondere die „grünen“ Marotten der Öko-Freaks, für die die SWP sich fast noch heftiger begeistert als hierzulande Anna A. (siehe: *Workers Vanguard* Nr. 219, 17. November 1978, „The Stenberg Campaign: A Bolshevik Success“).

Pabloisten und Dissidenten

Die Gelüste der GIM, Teil der „Partei des ganzen Sumpfes“ zu sein, entfalten ihre volle Dynamik in der Frage der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten. Hier führt die Anpassungspolitik der GIM an das linkssozialdemokratische und eurokommunistische Milieu dicht heran, die trotzkistische Position des Kampfes für die proletarische politische Revolution, *verbunden* mit der Verteidigung der sozia-

„Vereinigtes Sekretariat: Vorwärts zur 2 1/4 Internationale“

in *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 21, April 1978. Diese und neun weitere Ausgaben der *Kommunistischen Korrespondenz* sowie der deutschen Ausgabe von *Spartacist* mit Artikeln über das Vereinigte Sekretariat können zum Sonderpreis von 5,- DM über die Redaktionsanschrift bezogen werden.

len Errungenschaften der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten, auch formell in den Wind zu schlagen.

Die PB-Mehrheit brachte am skandalösesten diese Position im „Resolutionsentwurf des ZKs“ (*was tun* Nr. 227) zum Ausdruck, wo sie „den Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt“ fordert. Der Staatsapparat der DDR ist, wie der aller deformierten Arbeiterstaaten, bonapartistisch. Der Staat schützt die Privilegien der herrschenden Bürokratie, aber um diese Privilegien zu schützen, muß dieser Staatsapparat auch – zaghaft und inkonsequent – die materielle Grundlage der Gesellschaftsordnung verteidigen. In einer revolutionären Situation wie in der DDR 1953 oder Ungarn 1956 fordern Trotzlisten selbstverständlich den Abzug der stalinistischen Besatzungstruppen, die zur Niederschlagung der revolutionären Erhebungen eingesetzt werden. Diese Forderung muß ergänzt werden durch eine Politik der revolutionären *Fraternisierung* mit den Soldaten. Aber Trotzlisten treten auch für die effektivste militärische Verteidigung der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus ein. Letztlich stellt die Politik der Bürokratie selber die wichtigste Gefahr dar, die versöhnlerische Politik des „Sozialismus in einem Land“. Aber militärische Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution gegen imperialistische Gefahr wäre nur Phrase, wenn Kommunisten nicht die Notwendigkeit von internationalen militärischen Zusammenschlüssen im Konflikt mit dem Imperialismus einsahen. Das Verbrecherische an der PB-Mehr-

heitsposition ist die prinzipielle Gleichsetzung von militärischen Blöcken zwischen Arbeiterstaaten einerseits und der imperialistischen Raubkoalition der NATO andererseits.

Es ist die militärische Macht der Sowjetunion – das einzige (fast) gleichwertige militärische Gegengewicht gegenüber den Vereinigten Staaten –, die nicht nur das Rückgrat des Warschauer Paktes ausmacht, sondern den Hauptschutz für alle deformierten Arbeiterstaaten gegen einen imperialistischen Angriff darstellt, von Kuba über die DDR bis (indirekt) zur VR China.

Hier wandert die GIM nur in den Fußstapfen eines ihrer Lieblings-*Metal*-Redakteure, des Mitbegründers des „Aktionskreis Leben“, Heinz Brandt. Helmut W. empörte sich während der Kölner Mandel-Veranstaltung besonders heftig über die Bemerkung einer TLD-Genossin, daß Heinz Brandt ein Antikommunist sei. Lassen wir „Genossen“ Brandt für sich reden. In einem Artikel, betitelt „Der Prager Frühling als weltgeschichtlich erste sozialistische Revolution“ (!) (*Kritik* Nr. 18, 1978, S. 111), schreibt er: „Aus der russischen Revolution können wir bei uns nur eins lernen: Wie es *nicht* gemacht werden kann!“ So viel für das historische Urteil dieses „gestandenen Kämpfers“ zu Lenin, Trotzki, Swerdlow und der bolschewistischen Partei. Aber Brandt steigert sich. Hier seine Position zum degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion:

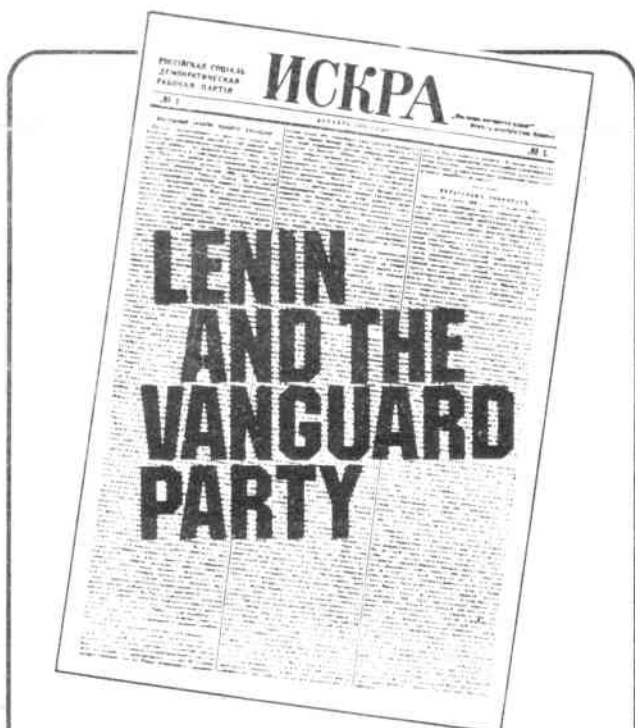
„... jeder Irrtum über den gefährlichen Charakter der russischen Supermacht wäre tödlich... Sie ist als russische Kümmerform der asiatischen Despotie das schwächste Kettenglied innerhalb der pyramidal-hierarchischen Gesellschaftsunordnungen, und sie ist zugleich als Spätkömmling im Neoinperialismus, Neokolonialismus die rabiateste, *militärisch aggressivste* (da wirtschaftsimperialistisch unterlegene) *neoinperialistische, neokolonialistische Macht*“ (S. 112 f., unsere Hervorhebung).

Kein Wunder, daß H. Brandt ebenso gefragt ist bei der „Deutsch-Chinesischen Freundschaftsgesellschaft“ wie beim „AK-Leben“. Und in beiden Fällen erfüllt er die gleiche Funktion – als Bindeglied zum vorherrschenden sozialdemokratischen, *antikommunistischen* Bewußtsein des deutschen Proletariats.

Bahro-Kongreß: Ein anti-sowjetischer Propagandablock

Beim Berliner Bahro-Kongreß versammelte sich dann fast der ganze Sumpf in „demokratischer“, antikommunistischer Eintracht – fast die „Sozialistische Alternative“ ohne Kandidaten. Die Schlußresolution unterschrieben unter anderem die Sozialdemokratie Spaniens und Italiens, die KPI und das Vereinigte Sekretariat. Willy Brandt (diesmal nicht Heinz) schickte eine Grußbotschaft. Die Resolution zum Fall Bahro war dann auch entsprechend vage, aber die Gesamtstoßrichtung ist klar: „Solidarität mit Rudolf Bahro heißt für uns Solidarität mit allen politischen Gefangenen und wegen ihrer politischen oder religiösen Überzeugungen Verfolgten in den osteuropäischen Ländern.“ Das kann nur heißen – auch Freiheit für Ustascha-Faschisten in Jugoslawien, offene Konterrevolutionäre oder etwa „Bürgerrechtler“ wie Schtscharanski, der Informationen über geheime sowjetische Militäreinrichtungen an westliche Journalisten weitergab.

Die Resolution schließt mit dem Appell: „Wir fordern die demokratische Weltöffentlichkeit... auf, alles zu unternehmen, um den Druck zur Freilassung Bahros auf die DDR zu verstärken“ (*was tun* Nr. 237, 23. November 1978). Gilt das auch für eine amerikanisch/westdeutsche Wirtschafts-



„Eine der großen Leistungen der Bolschewiki war, zu erkennen, daß eine politische Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse die Vorbedingung für die proletarische Revolution ist“ (James Robertson, *Spartacist League/US, Central Committee, Februar 1973*).

A SPARTACIST PAMPHLET 5,-- DM

zu beziehen über:

Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1
Pschk. Ffm 119 88-601 (W. Hohmann)

blockade? Wer sind diese klassenunspezifischen „Demokraten“? Obwohl „insbesondere“ an die Gewerkschaften appelliert wird, ist auch an dieser Stelle die „Offenheit“ der Resolution nicht zufällig. Der Bahro-Kongreß war nicht in erster Linie eine Verteidigungsveranstaltung für einen linken – und dazu unschuldigen – Regimekritiker, sondern eine sozialdemokratisch/eurokommunistische Veranstaltung, die auch in dieser Schlußresolution implizit solche „Menschenrechtler“ wie Jimmy Carter zur Hilfe aufruft.

Brecht mit dem Pabloismus!

Jede Behandlung der politischen Aktivität der GIM liest sich wie eine Geschichte des müden Opportunismus, der schnöden Anpassung und auch der eklatanten taktischen Unbeholfenheit. Die Alternative ist nicht ein neuer, frischer, pabloistischer „Clou“ – sondern ein Bruch mit dem Pabloismus. Wie wir in unserem Flugblatt zur außerordentlichen Nationalen Konferenz geschrieben haben:

„Die Krise der GIM ist politisch. Sie ist Resultat der pabloistischen Methodik, einen Ersatz für die leninistisch-trotzkistische Partei zu suchen, die als Kaderpartei auf festen programmatischen Grundlagen ‚von oben nach unten‘ aufgebaut und in der Arbeiterklasse verankert werden muß. Die GIM sucht dagegen einen anderen, ‚rascheren‘ Weg zum Masseneinfluß zu finden. Man sucht nach ‚neuen Avantgarden‘, die spontan zu revolutionären Einsichten kommen werden, in die sich die GIM integrieren kann, um ihnen den letzten Schubs nach links zu geben, kurz: die ‚unbewußten Trotzlisten‘, nach denen Pabloi-

sten seit nunmehr einem Vierteljahrhundert in allen Weltteilen Ausschau halten.“

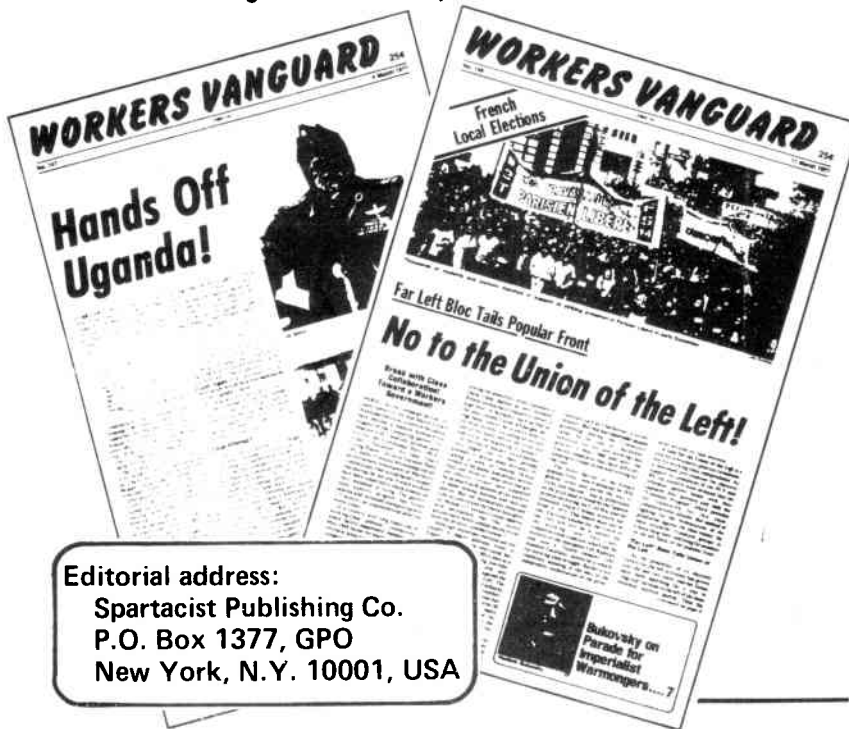
Manche GIM-Genossen suchen immer noch im internationalen Rahmen des VS mögliche Alternativen zur offenkundigen Pleite der GIM. Aber von den Volksfrontlern der LCR über die reformistische SWP bis zur ekelregenden Moreno/PST-Tendenz, die 1974 ihre Loyalität gegenüber „Recht und Ordnung“ im peronistischen Argentinien aussprach, gibt es keinen Platz im Vereinigten Sekretariat für Militante, die Trotzlisten werden wollen.

Für Genossen, die den Weg der proletarischen Weltrevolution gehen wollen, kann es nur den vollständigen Bruch mit dem Pabloismus geben. Nur die internationale Spartacist Tendenz kämpft für das trotzkistische Erbe, für das revolutionäre Übergangsprogramm, für die prinzipienfeste Politik, die Cannon in die Worte faßte:

„Marxisten beginnen immer mit dem Programm. Sie scharen ihre Anhänger um das Programm und vertiefen im Laufe des Kampfes deren Verständnis seiner Bedeutung. Die politischen Siege der Marxisten sind immer in erster Linie Siege für ihr Programm . . . Marxistische Politik ist prinzipielle Politik. Dies erklärt, unter anderem, die Homogenität der marxistischen Formation, ungeachtet ob sie eine Fraktion in einer Partei in kleinem Maßstab oder eine regelrechte, voll entwickelte Partei ist, die den Parteien des Klassenfeindes direkt gegenüber steht. Es ist diese Homogenität der marxistischen Organisation, die ihre feste Disziplin, ihre Zentralisation und ihre Schlagkraft möglich macht“ (James Cannon, *The Struggle for a Proletarian Party*, S. 31 f.).

WORKERS VANGUARD

Marxist Working-Class Biweekly of the Spartacist League/U.S.



Editorial address:
Spartacist Publishing Co.
P.O. Box 1377, GPO
New York, N.Y. 10001, USA

- 50,- DM for 48 issues – AIRMAIL
- 20,- DM for 16 introductory issues – AIRMAIL

ORDER FROM/PAY TO:

Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt/Main 1
Pschk. Ffm 119 88-601
(W. Hohmann)

Name.....

Address.....

City.....

Country.....

includes SPARTACIST

Verantwortlich für den Inhalt: W. Hohmann, 6000 Frankfurt/M. 70

o Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren der KOMMUNISTISCHEN KORRESPONDENZ (1,- DM Porto in Briefmarken sind beigelegt).
o Ich habe 8,50 DM für ein Jahresabonnement der KOMMUNISTISCHEN KORRESPONDENZ auf Euer Postscheckkonto eingezahlt.

Name:..... Anschrift:.....

EINSENDEN AN: Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1 – Postscheckkonto Ffm 119 88-601 (W. Hohmann)